Eisenbahner, kämpft unter Führung der RGO, wählt Kommunisten!

Reichsbahnbetrieb Dresden-Friedrichstadt wird stillgelegt

Am 1. Juli 100 Arbeiter entlassen / Ab Juli Einlegung von Feierschichten / Vollkommene Stillegung beschlossen

Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir von den Arbeitern des Reichsbahn-Ausbesserungs-Werkes Dresden-Friedrichstadt die Mitteilung, daß am 1. Juli 100 Eisenbahner entlassen werden, daß die Direktion beschlossen hat, weitere Feierschichten einzulegen und in absehbarer Zeit die völlige Stillegung des Werkes plant. In einer Betriebsratssitzung, die sich heute morgen damit beschäftigte, wurde die freche Provokation der Reichsbahnverwaltung mit Empörung aufgenommen.

Dieser geradezu unerhört freche Angriff des Bürgerblocks auf der ganzen Linie muß den entschlossenen Widerstand des gesamten Proletariats finden. Wir erinnern daran, daß seinerzeit die kommunistische Fraktion im Sächsischen Landtag die Aufhebung der Dienstdauervorschriften, die Verkürzung der Arbeitszeit und einen entsprechenden Lohnausgleich verlangte.

Die sozialdemokratische Fraktion hat mit sämtlichen Bürgerlichen gegen diese selbstverständliche Forderung der Kommunistischen Partei für die Eisenbahner gestimmt.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition wies schon damals die Eisenbahner darauf hin, daß es gilt, alle Kräfte zur Durchsetzung dieser Forderung zu mobilisieren. Jetzt hilft kein Maulspitzen, jetzt muß gepfiffen werden. Die Eisenbahner müssen erkennen, daß sie von den Sozialdemokraten und der Gewerkschafts-Bürokratie am Narrenseil geführt werden. Kampf um den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, Kampf um generelle Lohnerhöhung für alle Arbeiter. Die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats muß geschaffen werden. Die Eisenbahner werden morgen ihren Kampfwillen demonstrieren durch die Wahl von Kommunisten, Liste 3!

Lohn- und Gehaltsabbau für alle Eisenbahner

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Präsident des Verwaltungsrates der deutschen Reichsbahngesellschaft, v. Siemens, hat ein Schreiben an den Reichskanzler Brüning gerichtet, in dem er die Forderung stellt, durch brutalen Abbau der Gehälter der Beamten und der Löhne der Arbeiter der Reichsbahn die angebliche „schwierige Lage" der Reichsbahnfinanzen zu beheben. „Andere Wege", so erklärt das Schreiben, „für die Ausgabendeckung zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichts sind nicht vorhanden."

Die „Freunde" der Festbesoldeten

(Beamtenkorrespondenz)

Der Festbesoldete im allgemeinen und der Beamte im besonderen, vielbeneidet um ihre „sichere" Existenz und beschimpft wegen ihrer bürokratischen Gemächlichkeit, stehen wieder einmal im Mittelpunkt des Interesses. Und da gerade Wahlen vor der Tür stehen, sieht man sich genötigt, erneut um die Gunst der Beamten als brave Wähler zu buhlen. Wir Kommunisten können uns nicht über allzu große Sympathie seitens dieser Kreise beklagen, mindestens gilt das von denen, die im Einkommen über den Arbeiter hinausgekommen sind. Und die Führung der Beamtengewerkschaften haben das übrige getan, den Kommunismus als den Todfeind der Beamten hinzustellen. Die immer erneut vorgetragene Parole, die Kommunisten rüttelten an den erworbenen Rechten der Beamten, dazu die Gewißheit, daß der Herr Vorgesetzte keinen kommunistischen Beamten riechen kann und nur „gesinnungstreue" Beamte die Aussicht auf Aufstieg haben, lassen es eben angezeigt erscheinen, sich von den „Roten" fernzuhalten.

An dieser Reserviertheit hat auch der große Beamtenabbau vor einigen Jahren nicht viel geändert. Der Ehrentitel vom staatserhaltenden Beamten, das „zwar bescheidene aber sichere Einkommen", der sichere Urlaub und die noch sicherere Pension, das ist zuviel auf einmal, was man verlieren könnte. Und so konnte die Parole vom „Rütteln an den Beamtenrechten durch den Kommunismus" als Schreckgespenst ihre Wirkung nicht verfehlen.

Also die Kommunisten sind die Feinde der Festbesoldeten?

Wie aber steht es denn nun um die „feste" Besoldung? Nun, die Besoldungskämpfe von 1928 haben da einige Aufklärung gebracht. Zunächst einmal hinsichtlich der Höhe dieses festen Einkommens. In skandalöser Weise hat man bei den Beamten der unteren Stufen geknauert und gedrosselt. Mit Hilfe der berüchtigten Richtlinien, die oben alle Tore offen ließen aber unten alles bis aufs genaueste festlegten, schuf man ungeheuerliche Differenzen in der Besoldung.

Die Sozialdemokratie stellte in Sachsen oppositionelle Anträge, während dieselben Forderungen von der preußischen SPD-Fraktion abgelehnt wurden.

In Dresden stimmte z. B. die SPD dafür, daß die lumpige Zulage für die Straßenbahner in Höhe von 300 RM auf 180 RM herabgesetzt wurde. Die oberen Instanzen revidierten dieses und für sich kläglichen Beschlüsse der Gemeinden weiter nach unten und so bleibt das alte Elend bestehen, daß die kläglichen unteren Bezüge gerade noch reichen, um sich bis zur Pension durchzuhungern, wenn es der kleine Beamte erlebt.

Wer waren denn nun hierbei die Freunde der Festbesoldeten? Die Bürgerlichen, die für die oberen Stufen sich sorgten, die Sozialdemokraten, die mit ihren preußischen Richtlinien die sächsische Besoldung verheerend beeinflußten, oder die Kommunisten, die diese Schandbesoldung auf das entschiedenste bekämpften? Jeder Beamte mag es selbst entscheiden.

Natürlich haben wir Kommunisten alle Riesengehälter abgelehnt und stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß zwanzigtausend Reichsmark Pension für die Sozio Leinert oder Scheidemann, oder auch als Ehrensold für Herrn Böß in Berlin ein Skandal sind, daß aber auch die sonstigen Beamten mit einem Höchstgrundgehalt von etwa 6000 RM recht gut auskommen können. Wir kämpfen als proletarische Partei für die proletarisierten Beamten, für den proletarischen Angestellten, den proletarischen Bauern und Arbeiter, für die Klasse des Proletariats.

Ist nun dieses klägliche Proletenentkommen wirklich so fest? Der unerhörte Eingriff des Brüning-Kabinetts gibt eine allzu klare Antwort. Das Notopfer oder die Reichshilfe setzt dieses feste Gehalt herab, und zwar für den kleinsten Beamten in derselben Prozenthöhe wie bei den bestbesoldeten. Die Minister spendieren zum Trost 900 Reichsmark ihres Spendierfonds. Und dann nun die herrlichen Beigaben. Aus Berlin kommt die ungeheuerliche Meldung von dem Raubzug auf die Rechte der Festbesoldeten. Folgendes Sparprogramm hat die Regierung beschlossen:

1. Eine fünfjährige Sperre für die Einstellung neuer Beamten;
2. den Abbau und die allmählich vollkommene Beseitigung der jetzt bestehenden örtlichen Sonderzuschläge;
3. die Verkürzung des Urlaubes;
4. Entlassung weiblicher Beamten im Falle der Eheschließung;
5. Nichtanrechnung der im Wartestand verbrachten Dienstzeit auf die Bemessung des Ruhegehaltes;
6. Heraufsetzung der Altersgrenze von 65 auf 68 Jahre, wobei es der obersten Behörde allerdings überlassen bleibt, in Einzelfällen Beamte auch schon im 65. Lebensjahre in den Ruhestand zu versetzen;
7. eine allgemeine Pensionskürzung, wobei zum Teil der Witwengeldanspruch stark beschränkt, zum Teil völlig beseitigt werden soll für den Fall eigenen Diensteinkommens oder Ruhegehaltes;
8. eine allgemeine Besoldungssperre für Reichs-, Länder- und Gemeindebeamte und das Recht des Reichsfinanzministers, die Besoldungsverhältnisse der Gemeindebeamten nachzuprüfen;
9. in der Mehrzahl der Fälle, die durch das Gesetz neu geregelt werden, also in den Fragen der Pensionsberechtigung usw., Ausschluß des Rechtsweges.

Jeder Kommentar dazu ist überflüssig. Man bedenke: Trotzdem alle Beamtenorganisationen flammende Proteste gegen das Notopfer losgelassen, die Bürgerlichen und Sozialdemokraten (besonders im wahlschwangeren Sachsen) den Finanzminister einen unfähigen Tropf nach dem anderen nennen, um ihn nach der Wahl weiterhin zu stützen, trotz all dem halb oder ganz unechten Protestrummel, ja, gerade als Antwort darauf, obiges Diktat.

Nun, die Beamtengewerkschaften sind deswegen nicht klüger geworden, sie erklären sich freudig zu Opfern bereit, wenn auch die anderen mit notopfern. Dreimal selige Illusion! Keine Ohrfeige, nein, eine ganze Ohrfeigenserie bedeutet dieses Programm für die Beamtenschaft, für die Witwen, die Waisen, die weiblichen Beamten, die alten, abgearbeiteten, die auf die kümmerlichen Urlaubstage angewiesenen, die der kleine Beamte sowieso hübsch zu Hause verbringen darf.

Nun, ihr Festbesoldeten, wo sitzen denn die lieben Freunde? Wer rüttelt denn nun eigentlich an den geheiligten Beamtenrechten? Spricht Herr Moldenhauer nicht von dem Ausschluß des Rechtsweges? Ist das nicht offene, brutalste Feindschaft, oder ist es immer noch nicht genug?

Wir Kommunisten sind keine Feinde des proletarischen Genossen, ob er nun in der Arbeitsbluse oder im Uniformrock oder auch mit dem Stehkragen hungert. Wir kämpfen für alle. Aber eins müssen wir schon fordern: daß auch der Festbesoldete erkennt, daß sein proletarisches Schicksal unlösbar mit dem des gesamten Proletariats verbunden ist, daß er sich einreiht in die Klassenfront des kämpfenden Proletariats. Wer ist der Feind des proletarischen Beamten? Nur eine Antwort gibt es: Das Kapital und seine Vasallen. Die Preußenminister der SPD, der Herr Frick, der es mit dem Lehrer- und Beamtenabbau besonders eilig hatte, Herr Bünger, der den Junglehrern das Probejahr aufbrummte usw. Der geeinte National- und Sozialfaschismus.

Beamte, Angestellte, Arbeiter! Schlicht die Front gegen eure Feinde. Als erste Antwort auf den Rechts- und Gehaltsraub:

Wählt Kommunisten, wählt Liste 3!

Korruptionskrach zwischen Faschisten und SPD-Führern

2 700 000 Mark verpulvert — Werktätige Sachsens, rechnet ab!

Die Nationalsozialisten und Sozialdemokraten balgen sich um den Schuldigen für die am bankrotten Seidemannkonzern verpulverte Summe von 2 700 000 Mark aus der Sächsischen Wohlfahrtshilfe, um den Wahlkampf auf Gebiete zu schieben, auf denen sie nicht notwendig haben, grundsätzliche Fragen zu erörtern. Die ganze typisch kleinbürgerliche Polemik ist nichts anderes als ein Betrugsmanöver für die Anhänger, um von den politischen Verbrechen der beiden Landtagsfraktionen gegen die Werktätigen abzulenken.

Wir berichteten seinerzeit eingehend über diese skandalöse Art, den Kapitalisten Sachsens Gelder der Wohlfahrtshilfe, die eigentlich zur Unterstützung Erwerbsloser, den Armsten der Armen dienen sollten, in den gierigen Rachen zu werfen.

Aber nicht nur die 2,7 Millionen Mark für den Seidemannkonzern, sondern auch die halbe Million Korruptionsgelder für den Kreisverband der bürgerlichen Sportler,

die 100 000 Mark für einen entmündigten „Kellner" und andere Summen, die von der Sächsischen Wohlfahrtshilfe herausgeworfen sind, geben ein allgemeines Bild von dem ungeheuren Skandal der Heldt-, Bünger- und Schieck-Regierung. Sie alle haben ihr Teil Verantwortung sowohl bei der Verschleuderung der Summen als auch bei der Vertuschung der Angelegenheit. Wir zeigen nachfolgend alle Verantwortlichen auf, um die widerliche Katzbalgerei der Nazis und der SPD ins rechte Licht zu rücken.

1. Das Kabinett Heldt gewährte die Kredite an die Wohlfahrtshilfe und die übrigen Kreditnehmer. Dem Kabinett gehörten DVP, ASP und Demokraten an.

2. Die Beamten, die für die Gewährung der Kredite verantwortlich waren, gehörten der SPD und Deutschnationalen Partei an.

3. Die Nationalsozialisten haben fast ein ganzes Jahr die Regierung Bünger unterstützt und gewußt, daß die Wohlfahrtshilfe Gelder verleiht und an wen die Gelder ausgeliehen wurden.

4. Der Regierung Heldt und Bünger mußte bekannt sein, daß ein Brief von 1926 an Dr. Böhme, den deutschnationalen Leiter der „Sächsischen Wohlfahrtshilfe", vorlag, daß der Seidemannkonzern nicht kreditwürdig war. Damals hatte der Konzern erst 200 000 Mark erhalten, die dann auf 2 700 000 Mark nach und nach erhöht wurden. Dazu kommen 220 000 Mark jährlich Zinsverlust und 15 000 Mark Disagio.

5. Erst als der Konzern bankrott war, haben die Wirtschaftsparteiler eine Anfrage gestellt. Die Nationalsozialisten, die für die Regierung Bünger mitverantwortlich sind, haben sich überhaupt nicht um diese Dinge gekümmert.

6. Der jetzige Ministerpräsident Schieck trägt die Verantwortung dafür, daß die Untersuchungen des Ausschusses über den Seidemannkonzern nicht abgeschlossen, sondern einfach versackt sind, weil der Staatsrechnungshof verantwortlich war für die Vorbereitung der Untersuchungen. Trotz alledem haben die Nationalsozialisten Schieck als Ministerpräsidenten gewählt, obgleich sie sehr genau wußten, daß Schieck ebensoviel Verantwortung trägt an der Vertuschung des Skandals wie die Bünger-Regierung.

7. Die Wirtschaftspartei und ihr Vertreter Enderlein versuchten schon in dem Vorbericht für den Untersuchungsausschuß den deutschnationalen Leiter der Sächsischen Wohlfahrtshilfe zu entlasten bzw. seine Verantwortlichkeit abzusprechen.

8. Der Regierung, die eine solche Verschleuderung von öffentlichen Geldern an bankrotte Kapitalisten, an Kreditunwürdige, die entmündigt sind, oder schon wie Seidemann, einen Offenbarungseid leisteten, betreibt, stellte die Sozialdemokratie eine Million Gewerkschaftsgelder zur Verfügung.

Diese Feststellungen zeigen, daß sämtliche bürgerlichen Fraktionen, von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten, verantwortlich sind für diese Skandalaffären, sie zur Genüge geduldet haben, die unseres Erachtens nichts anderes sind als eine ungeheure Korruption. Die riesigen Summen, die aus den Werktätigen herausgepreßt werden, sind das Objekt, um das sich die Angehörigen der herrschenden Klasse wie gierige Hyänen balgen. Die einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie bekämpfen sich dann, wenn ein solcher Skandal offensichtlich wird, und die Sozialdemokratie versucht, wie es sich für einen würdigen Lakaien geziemt, die ganze Klärung der Anklage zu verkleistern, einen Streit mit den Faschisten zu entfachen, als ob nur einzelne Personen schuld seien. Mit Recht wies Genosse Renner in der Landtagssitzung vom 12. Dezember darauf hin, daß dieser Skandal nicht der erste und auch nicht der letzte sein wird, sondern mit dem zunehmenden Verfaulungsprozeß des Kapitalismus werden auch diese Skandale anwachsen.

Deshalb werden die Werktätigen, auf deren Rücken solche Skandale ausgetragen werden, dem kapitalistischen System den Kampf ansagen durch die Wahl der Liste 3!

Wer wird die Spitze behaupten?

Leipzig rückt an – Heute und morgen gilts Wahlmunition heran!

Leipziger Stadtteile rechnen ab à Konto 900.— M.
Aus den nachstehenden Ortsgruppen kommen folgende Ergebnisse:

Thalheim	144.— M.
Erla-Crandorf	50.— „
Aue	150.— „
Langefeld i. E.	60.— „
Zschoken	60.— „
Schwarzenberg	100.— „
Chemnitz-Nord	120.— „

Meldet weitere Ergebnisse!

BL. Kasse.

Achtung Unterbezirke!

Telefon-Nummern für Wahlergebnisse!

Für die Berichterstattung über die Wahlergebnisse aus den UB, auch für sämtliche Ortsgruppen im Bereich des UB, gelten nur die nachfolgend genannten Telefonnummern.

UB Chemnitz	28 031	Dresden
„ Delsnitz	28 031	„
„ Flöha	28 031	„
„ Falkenstein	10 250	„
„ Plauen	10 250	„
„ Annaberg	27 218	„
„ Schwarzenberg	27 218	„
„ Döbeln	32 745	„
„ Riesa	32 745	„
„ Leipzig	17 326	„
„ Wurzen	32 163	„
„ Borna	32 163	„
„ Zwickau	17 259	„
„ Pirna	14 191	„
„ Freiberg	14 191	„
„ Freital/Meißen	14 191	„
„ Radeberg	11 653	„
„ Bautzen	11 653	„
„ Zittau	11 653	„

Die Bezirksleitung der KPD Sachsen.

Auch in Nordwest geht's los

Essen, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Deutsche Metallarbeiterverband, der sich am Mittwoch in einer Geschäftsführerkonferenz mit den Vorgängen in der Nordwestgruppe befaßte, läßt durch bürgerliche Telegraphenagenturen erklären, daß die Kündigung in der Metallindustrie durchaus nicht leicht zu nehmen sei (!). Die Mitglieder werden ermahnt, „angesichts der kommunistischen Hetze Ruhe und Besonnenheit zu bewahren". Eine Klärung der Lage dürfe erst Monatsende zu erwarten sein, da bekanntlich die zur Nordwestgruppe gehörenden Werke den für Akkord in Frage kommenden Arbeitern zum 1. Juli die Kündigung zur Akkordsenkung ausgesprochen haben.

Berichtigung!

In einem Teil unserer gestrigen Ausgabe ist uns auf der ersten Seite im Aufruf der BL ein fataler Druckfehler unterlaufen. Im letzten Absatz muß es natürlich nicht heißen „die brüderlichen Parteien", sondern „die bürgerlichen Parteien".